

Schriftliche Anfrage

betreffend **Betäubungsmittelkonsum in Arbeitsintegrationsprojekten**

eingereicht von: Christian Ingold, EVP

am: 15. Oktober 2013

Geschäftsnummer: 2013/094

Gemäss der Berichterstattung über die Verhandlung im Prozess DG130036-K, „Mehrfacher qualifizierter Raub etc.“ vom 9.10.2013 am Bezirksgericht Winterthur waren die zwei Täter der Raubserie in vier kleinen Läden zwischen Winterthur und dem Thurgau regelmässige Kokain- und Alkoholkonsumenten.

Der eine Täter berichtete in der Gerichtsverhandlung, dass er zur Zeit der Überfälle immer konsumierte: „...kaum war ich aufgestanden und bis ich ins Bett ging.“ Er arbeitete zu den Tatzeitpunkten in einem Arbeitsintegrationsprojekt der Stadtgärtnerei Winterthur (Landboteartikel, 10.10.2013 S.17)

Aus dieser Tatsache ergeben sich folgende Fragen:

1. In welchem konkreten Integrationsprojekt der Stadtgärtnerei Winterthur war der Täter zum Zeitpunkt der Taten und welches waren seine Aufgaben?

Ich bitte um eine detaillierte Beschreibung des Projektes mit Zielen für die TeilnehmerInnen, Laufzeit, Rahmenbedingungen bezüglich Aufnahme ins und Verbleib im Projekt, TeilnehmerInnenanzahl und Kostenaufwände pro TeilnehmerIn und Tag für die Stadt (exkl. Arbeitslohn).

2. Welche Richtlinien bezüglich Betäubungsmittel- und Genussmittelkonsum gelten allgemein in Arbeitsintegrationsprojekten und, falls abweichend, bei der Stadtgärtnerei Winterthur?
3. Falls aus therapeutischen oder medizinischen Gründen keine Nulltoleranz bezüglich Betäubungsmittel- und Genussmittelkonsum gilt:
Durch welche konkreten Richtlinien ist die Sicherheit an den Arbeitsplätzen (Bedienen von Geräten sowie Führen von Maschinen und Fahrzeugen) gewährleistet?
4. Wie ist die Einhaltung dieser Richtlinien verlässlich organisiert?
5. In welchen Teilbereichen der SVOAM- und eduQua-Zertifikate der Arbeitsintegration wird die Sicherheit an den Arbeitsplätzen (Betäubungsmittel- und Genussmittelkonsum) berücksichtigt?
6. Gemäss welchen Prinzipien der Öffentlichkeitsarbeit reagierte die Arbeitsintegration bzw. die Stadtgärtnerei auf diese Negativinformation und wie wurde konkret intern und extern reagiert?
7. Gibt es aufgrund diesem Vorfall bei der Arbeitsintegration bzw. der Stadtgärtnerei interne Abklärungen und Anpassungen von Richtlinien?